

Ausschreibungsstopp im Bundesfernstraßenbau: Deutscher Asphaltverband warnt vor politisch verursachtem Stillstand

Der Deutsche Asphaltverband e. V. (DAV) zeigt sich äußerst besorgt über den Ausschreibungsstopp der Autobahn GmbH für 2025 und sieht darin ein deutliches Alarmsignal für die Zukunft der deutschen Infrastruktur. Diese Maßnahme, die vor allem auf fehlende Finanzierungsfreigaben im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zurückzuführen ist, bedeutet in der Praxis einen Stillstand bei der Umsetzung dringend benötigter Infrastrukturprojekte. Die Asphaltbranche ist alarmiert: In einem wirtschaftlich wie verkehrlich sensiblen Zeitraum, in dem die Sanierung des überalterten Straßennetzes und der beschleunigte Ausbau von Engpassstrecken höchste politische Priorität genießen sollten, fällt der zentrale Auftraggeber der öffentlichen Hand als Projektinitiator de facto aus.

Aus Sicht des DAV ist diese Entwicklung ein fatales Signal - sowohl für die Bauwirtschaft als auch für das Ziel, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur zu sichern. Gerade die mittelständisch geprägten Asphaltbauunternehmen haben sich in den vergangenen Jahren durch Innovationskraft, Investitionsbereitschaft und hohe fachliche Leistungsfähigkeit hervorgetan und stehen mit qualifiziertem Personal, moderner Technik und vollen Materiallagern bereit. Doch nun geraten sie in eine Situation erzwungener Passivität, weil zugesagte Maßnahmen aufgrund politischer Unsicherheiten nicht an den Markt gebracht werden. Die Bauunternehmen hatten mit erheblichen Vorleistungen gerechnet - nun fehlt es an verlässlichen Ausschreibungen und damit an konkreten Aufträgen.

DAV kritisiert „hausgemachte Handlungsunfähigkeit“

Die Kritik des Deutschen Asphaltverbandes e. V. richtet sich dabei nicht gegen die Autobahn GmbH, die sich in einer rechtlichen und haushaltsrechtlichen Zwangslage befindet. Vielmehr sieht der Verband die Verantwortung bei der politischen Führung im Bundesverkehrs- und Bundesfinanzministerium. Das vor Monaten angekündigte Sondervermögen Infrastruktur, das eigens geschaffen wurde, um beschleunigte Investitionen in das Verkehrsnetz zu ermöglichen, verfehlt bislang weitgehend seine Wirkung. Anstelle eines verlässlichen Projektstarts herrscht nun Planungsstillstand - ein Zustand, den der DAV als „hausgemachte Handlungsunfähigkeit“ beschreibt. Dass Bauprojekte vorbereitet, genehmigt und technisch ausgearbeitet vorliegen, aber aufgrund haushaltspolitischer Blockaden nicht realisiert werden, ist aus Sicht des Verbands nicht akzeptabel.

„Die Asphaltbranche braucht keine politischen Placebos, sondern konkrete Planungssicherheit“, erklärt Marco Bokies, Geschäftsführer des DAV. „Wenn die Regierung von einem modernen und klimafreundlichen Verkehrssystem spricht, müssen den Worten auch Taten folgen. Wir erleben gerade das Gegenteil: Einen Infrastrukturstillstand durch Verzögerung, Unsicherheit und ausbleibende Entscheidungen.“ Auch André Täube, Geschäftsführer des Verbandes, zeigt sich besorgt über die Folgen dieser Entwicklung: „Der Ausschreibungsstopp konterkariert nicht nur die politischen Zielsetzungen der letzten Jahre, sondern gefährdet auch das Vertrauen der Unternehmen in die Verlässlichkeit öffentlicher Investitionspolitik. Wir fordern Klarheit, Verbindlichkeit und ein sofortiges Signal zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen.“

Besonders kritisch bewertet der DAV auch die einseitige Zweckbindung des Sondervermögens, das derzeit ausschließlich für Brückenprojekte verwendet werden darf. So wichtig die Brückensanierung ist - eine gesunde Verkehrsinfrastruktur besteht nicht nur aus Brücken. Straßeninstandsetzungen, Fahrbahnerneuerungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Verkehrssicherheit und Klimaanpassung dürfen nicht weiter verzögert werden, weil sie durch enge Fördertöpfe nicht abgedeckt sind. Der Verband appelliert daher an die Bundesregierung, die bestehenden Mittel nicht nur zügig freizugeben, sondern auch flexibler nutzbar zu machen. Nur so könne verhindert werden, dass wichtige Teile des Fernstraßennetzes weiter verfallen, während vorbereitete Maßnahmen ungenutzt bleiben.

Politische Verantwortung für eine zukunftsfähige Infrastruktur

Der Verband erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Verantwortung, die mit dem Sondervermögen verbunden ist. „Das Sondervermögen darf nicht zu einem politischen Feigenblatt verkommen“, betont Täube. „Es muss wirken - und zwar dort, wo dringend gebaut werden muss. Wir können es uns nicht leisten, Jahr für Jahr neue Projekte zu planen, ohne dass sie in der Fläche tatsächlich umgesetzt werden.“

Im Namen seiner Mitgliedsunternehmen und der gesamten Branche fordert der Deutsche Asphaltverband e. V. daher eine schnelle und entschlossene Reaktion der politischen Entscheidungsträger auf den Ausschreibungsstopp der Autobahn GmbH, die zügige Freigabe der zugesagten Mittel und die Schaffung klarer haushaltspolitischer Rahmenbedingungen, um den Sanierungsstau auf deutschen Straßen zu unterbinden.

Stand Juli 2025

Abdruck honorarfrei bei Quellenangabe.

597 Wörter

4.870 Zeichen inkl. Leerzeichen

Deutscher Asphaltverband (DAV) e.V.

Jennifer Breedveld - Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Ennemoserstraße 10 - 53119 Bonn

fon: +49 228 97965-19 - mobil: +49 170 4115518

mail: jb@asphalt.de